

## RESOLUTION

Nürnberg, den 15.03.2018

### **Konsequenzen aus dem NSU-Prozess!**

Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der heutigen Veranstaltung „Das darf nicht das Ende sein!“ der Nordbayerischen Bündnisse gegen Rechts (NBB), befürchten nach der Urteilsverkündung im NSU-Prozess in München einen faktischen Schlussstrich unter die Debatte. Wir befürchten, dass die Aufarbeitung der rassistischen Morde und weiteren Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) danach eingestellt wird.

Das darf nicht sein, denn:

Die bisherige Aufklärung der Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ ist noch völlig unzureichend. So wurde in den Untersuchungsausschüssen und im Münchner NSU-Prozess nur sehr oberflächlich nach den regionalen UnterstützerInnen dieser rechtsterroristischen Struktur gesucht. So wurde der deutlich zutage getretene strukturelle Rassismus der Ermittlungsbehörden ignoriert und damit verfestigt. So wurde die Verstrickung staatlicher Institutionen mit der Nazi-Szene über die neonazistischen V-Leute der Verfassungsschutzämter einfach fortgesetzt.

Wir fordern dringlich am heutigen Tag:

1. Die Aufklärung des NSU-Netzwerkes muss gerade in Bayern weitergehen. Bayern ist das Bundesland mit den meisten NSU-Morden; Bayern ist das Bundesland, in dem 1999 der erste Bombenanschlag des NSU durchgeführt wurde; Bayern ist das Zentrum der damaligen unzureichenden und einseitigen polizeilichen Ermittlungen.
2. Wir benötigen Aufklärung insbesondere über die regionale NSU-Unterstützerszene und über die mit dem NSU verwobenen V-Leute des Verfassungsschutzes.
3. Wir fordern daher die Einsetzung eines zweiten parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschuss für Bayern, um die zivilgesellschaftliche Aufklärungsarbeit zu unterstützen.

Der NSU-Prozess leistete seinen Beitrag zur Klärung der Schuldfrage der dort Angeklagten. Zahlreiche Versuche der Nebenklage-AnwältInnen in diesem Prozess, das Unterstützernetzwerk des NSU weiter auszuleuchten, blieben jedoch weitgehend erfolglos. Zudem ist davon auszugehen, dass sich NSU-HelferInnen unbehelligt von der Justiz in Freiheit befinden. Einen effektiven Beitrag zur Prävention gegen rechtsterroristische Strukturen konnte der Prozess daher nicht leisten. Dies bleibt Aufgabe des Parlamentes und der Zivilgesellschaft.

Wir werden weiterhin wachsam sein.